Bilder aus unsrer Geschichte

Bundes-Verfassungsfeier Leipzig 1927: Die Massen sammeln sich auf dem Augustusplatz.

Das nächste Ziel

Stimmen zur Frankreichfahrt

Reichstagspräsident Paul Löbe auf der Generalversammlung des Gaues Mittelschlesien in Breslau:

„Im neuen Jahre plant das Reichsbanner eine große wichtige Kundgebung. Tausende ehemaliger Kriegsteilnehmer wollen sich mit den französischen Kriegsteilnehmern auf den Schlachtfeldern des Krieges die Hand reichen.

Vor zwanzig Jahren waren wir noch keine ausschlaggebende Masse, um die Zerstörungen des Krieges zu verhindern. Die Führer versichern in allen Ländern, daß sie den Frieden wollen, aber wichtiger ist es, die Massen zusammenzubringen, die unter Umständen in den Krieg gegeneinander geführt werden sollen. Ich hoffe, daß es gelingt, die große Friedenskundgebung zustande zu bringen und freue mich auf den Tag, wo das Reichsbanner und die Kameraden Frankreichs vor aller Welt ihren Willen zum Frieden dokumentieren werden." (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

*

Unser deutschösterreichischer Kamerad Hirsch, Vorstand des Verbandes der Kriegsblinden Oesterreichs:

„Mit großem Interesse habe ich die Mitteilungen über das geplante Massentreffen französischer und deutscher Kriegsteilnehmer auf den ehemaligen Schlachtfeldern von Verdun und am Chemin des Dames gelesen.

Ich erblicke darin eine Aktion, die sicher geeignet ist, den Gedanken der Völkerversöhnung weitestgehend zu fördern. Um die Kundgebung in möglichst breitem Rahmen zu veranstalten, gestatte ich mir jetzt schon, die Anregung zu geben, die Kundgebung durch den Rundspruch verbreiten zu lassen. Die Sendestationen in den verschiedenen Staaten würden sich einem bezüglichen Wunsche der Veranstalter wohl nicht verschließen können und wäre eine solche Uebertragung das wirksamste Mittel, dem Gedanken der Versöhnung der Völker in den weitesten Kreisen Eingang zu verschaffen."

*

Eine französische Freundesstimme: „La Jeune République", das von Georges Hoog geleitete Organ des genialen und tatkräftigen Friedensfreundes Marc Sanguier, berichtet unter ausführlicher wörtlicher Bezugnahme auf bisherige Veröffentlichungen unsrer Bundeszeitung über unsre geplante Frankreichfahrt: „Unsre Freunde beglückwünschen sich zu dieser Initiative, die ein besseres gegenseitiges Verständnis der beiden Völker fördern wird." In scharfen längern Ausführungen geht „La Jeune République" vor gegen die Hetzpropaganda des dem faschistischen französischen Großindustriellen Coty gehörenden „Ami du Peuple", der die von „deutscher" radikalpazifistischer Seite bis in die französische großbürgerliche Presse getragene Verleumdung, daß das Reichsbanner" nur eine — scheinrepublikanische Organisation sei, aufgegriffen hatte.

*

Eine Stimme des Hasses bringt die großbürgerliche Pariser Zeitung „L'Ordre" („Die Ordnung"). Sie stammt, wie wir zur Ehre dieses Boulevardblattes bemerken müssen, nicht aus französischer, sondern aus „deutscher" Feder. „Ein Brief aus Berlin" ist dort abgedruckt und in ihm ist, unter ausdrücklichem Hinweis auf radikalpazifistische deutsche Pressestimmen, schließlich behauptet, daß „das Reichsbanner, das viele vertrauensvolle Freunde in Frankreich zählt, sich völlig von der Friedensbewegung losgelöst hat: mehr und mehr beschäftigt sich das Reichsbanner mit der militärischen Erziehung seiner Mitglieder und unterhält enge Beziehungen mit dem Reichswehrministerium". — Kommentar zu dieser hundertprozentigen Lüge ist wohl hier überflüssig!

*

Eine mecklenburgische Frontsoldatenstimme:

Auch mich drängt's, zu dem Artikel „Reicht euch die Bruderhand" meinem Empfinden Ausdruck zu verleihen.

Wer den Weltkrieg wirklich gesehen und erlebt hat, über das blödsinnige Menschenschlachten und das unsinnige Vernichten von Werten, an denen Tausende fleißiger Menschenhände Jahr und Tag schweißtriefend gearbeitet haben, auch nur einen Augenblick nachgedacht und sich noch den gesunden Menschenverstand bewahrt hat, kann im „Reichen der Bruderhand" dem Gegner von gestern nur eine Großtat der Tapfersten der Tapfern erblicken; denn das ist der größte Siegesmann, der sich selbst besiegen kann.

Möge auch das wilde Gekläff der Etappenhelden, Biertischstrategen und Kriegsgewinnler à la Hugenberg noch so sehr anschwellen, das soll und muß uns noch mehr anspornen, auf dem beschrittenen Wege mutig fortzuschreiten und unbekümmert dem Endziel zuzustreben.

Als wir in den Kämpfen Ostern vor Verdun mit unsern Batterien ganze Sturmkolonnen des tapfern Gegners niedermähten — durch das Scherenfernrohr konnte man es ja genau beobachten —, schnitt mir's ins Herz, und das unsinnige Männermorden trat mir mit größter Bitterkeit vor die Seele.

Auch die Idee der Verbrüderung der beiden Völker ist keineswegs neu, sondern blüht schon längst in den beiden Volksseelen.

Am Silvestertag 1900, während der China-Expedition, trafen wir in einem Lokal in Nagasaki (Japan) mit französischen und amerikanischen Marinesoldaten zusammen. Während sich spontan zwischen uns und den Franzosen eine innige Freundschaft entwickelte, konnte ich nur mit Mühe einen Streit zwischen Franzosen und Amerikanern verhindern. In unsrer späteren Garnison in China entwickelte sich zwischen uns und den Franzosen, die keineswegs unsre Nachbarn waren, ein lebhafter freundschaftlicher Verkehr. Wir ältern Unteroffiziere waren mindestens zweimal die Woche bei den Franzosen zum Diner und wurden mit Speise und Trank (reichlich Wein) ausgezeichnet bewirtet. Pfingsten machten wir mit unsern französischen Freunden eine Kahntour auf dem Peiho, wobei wir unsre Gäste mit einem deutschen Picknick erfreuten. Während sich beispielsweise mit den Engländern auch nicht der Schatten eines freundschaftlichen Verkehrs zeigte.

Als ich 1906 als deutscher Feldwebel Paris durchstöberte, wurde im Moulin Rouge ein Kinobild, dessen Inhalt eine französisch-deutsche Annäherung betraf, mit ungeheuerm Beifall begrüßt. Als mein Neffe, Beamter im Saarbergbau, im verflossenen Jahr eine Studienreise durch französische Zechen, Fabriken usw. machte, bildete die gegenseitige Verständigung den Hauptgesprächsstoff.

Demnach ist das beabsichtigte Treffen auf den blutgetränkten Gefilden zum Zeichen der Versöhnung eine natürliche Auswirkung der in den schaffenden Volksschichten hüben wie drüben längst lebendigen Idee. Daß die raffenden Volksteile diesseits wie jenseits der Grenzpfähle, die Nutznießer des tausendjährigen Bruderzwistes, Angst um ihre wegschwimmenden Felle bekommen, ist ja begreiflich, kann aber für uns nur Wasser auf die Mühlen der guten Idee bedeuten.

Darum, Kameraden, holt die schärfsten Waffen des Geistes hervor und stellt sie in den Dienst der Werbung für die große Sache der Völkerversöhnung, insbesondre der Verbrüderung mit unserm „Erbfreund". Setzen wir an die Stelle eines tausendjährigen Streites um zerbrechliche Grenzpfähle, der so unermeßliche Kulturgüter verschlungen hat, die ewige Freundschaft der beiden Völker zu Nutz und Frommen nicht nur der beiden Freunde, sondern von ganz Europa, ja der ganzen Welt.

Wenn dann dereinst meine Heimat (Saarland) nicht mehr widerliches Grenzstreitobjekt, sondern Mittler und Nutznießer der Kulturgüter beider Freunde geworden sein wird, so würde mich dies im „Walhall" noch erfreuen.

Mit kameradschaftlichem Gruß Claus Blug.

*

Eine Zuschrift aus dem Gau Berlin-Brandenburg: Mit großer Freude begrüßen ohne Zweifel viele tausend Reichsbannerkameraden den Vorschlag der Bundesleitung über ein Zusammentreffen mit französischen Kriegsteilnehmern am Chemin des Dames. Besonders begeistert werden diejenigen Kameraden zustimmen, die als ehemalige Frontsoldaten mit jenen Stätten traurige, aber unauslöschbare Erinnerungen verbinden. Und was würde mancher Kamerad nicht dafür hingeben, um mit dabei sein zu dürfen und den ehemaligen Feinden die Bruderhand zu reichen. Unvergeßlich sind dem Schreiber dieser Zeilen

Bundes-Gründungsfeier Magdeburg 1925: Verbrennung innerdeutscher Grenzpfähle.

Erinnerungen an schwere Tage im Sommer 1917, wo das Blut manch treuer und lieber Kameraden den „Winterberg" netzte. Wie oft schon seit Beendigung des Massenmordens habe ich den Wunsch gehabt, noch einmal jene Stätten des Grauens zu sehen, und in einem friedlichen Gespräch, ohne Haß und Feindschaft, denjenigen die Hand zu reichen, die einst meine Feinde waren und die ich doch nie hassen gelernt, sondern sie stets als Leidensgefährten betrachtet habe. Ich glaube, daß sehr viele Kriegsteilnehmer und Reichsbannerkameraden den gleichen Gedanken hatten. Nun kommt unsre Bundesleitung und will diesen Gedanken zur Tat werden lassen. Wer da nicht begeistert zustimmt, der kann diesen letzten Krieg nicht mit seinem Grauen und seinen Schrecken erfaßt haben. Reichen wir uns mit unsern Kameraden jenseits der Grenze die Bruderhand und schwören wir: „Nie wieder!"

Jedoch, ein bitterer Tropfen wird in den Freudenbecher so manches begeisterten Kameraden hineinfallen, weil schwere wirtschaftliche Not Tausende von ihnen ergriffen und sie ausgeschlossen hat vom Produktionsprozeß, ihnen Almosenpfennige statt Arbeit und Brot gibt. Das Elendsbarometer Arbeitslosigkeit wird dafür sorgen, daß mancher begeisterte Kamerad nicht dabei

Bundes-Verfassungsfeier Nürnberg 1926: Vorbeimarsch am Bundesvorstand.

Bundes-Gründungsfeier Hamburg 1926: Vorbeimarsch einer Marine-Abteilung.

sein kann. Und fast mit Neid wird er auf diejenigen Kameraden schauen, denen ein glücklicheres Los solche Fahrten gestattet.

Wir haben sie fahren sehen nach Wien und sonstwohin, wo es galt, in Massen aufzumarschieren oder dem Bruder im Nachbarland die Hand zu reichen. Sie zogen dahin in einer tadellosen Uniform, Lackschuhen und Knickerbockern, mit Koffern und Köfferchen schwer beladen. „Kamerad Lackschuh" wurden sie spöttisch genannt. Wenn es ging, wurde auch die bessere Hälfte noch mitgeschleift. Wer war es zumeist? Geschäftsleute, den Urlaub ausnutzende Angestellte oder Beamte oder andre in glücklicherer Lebenslage befindliche Kameraden. Oft, sehr oft waren die Fahrenden nicht die aktivsten, man sah sie nie, wenn es galt Kleinarbeit zu leisten, die Dörfer mit Flugblättern zu belegen, eine Propaganda aufs Land zu machen oder wenn es sich um eine örtliche Demonstration handelte. Ich habe als führendes Mitglied eines ländlichen Ortsvereins in der Hochburg derer von Alvensleben und Morozowicz in den fast sechs Jahren, die ich dem Reichsbanner angehöre, sehr viel Erfahrung über das vorher Gesagte gemacht und ich weiß, daß es nur viele Kameraden bestätigen werden. Wir wollen bestimmt nicht Kameraden die Teilnahme an solchen Fahrten mißgönnen, aber wir wollen danach hinwirken, daß auch denjenigen bewährten Kameraden, die besonders draußen auf dem Lande Leben und Gesundheit, Arbeit und Brot aufs Spiel setzen und für die Sache der Republik einen hartnäckigen Kampf führen, die Teilnahme an solchen Fahrten ermöglicht wird.

Sollte es nicht möglich sein, daß den minderbemittelten Kameraden die Teilnahme irgendwie erleichtert wird?

Hoffen wir, daß das große Friedenswerk des Reichsbanners, das gemeinsame Treffen mit französischen Kriegsteilnehmern auf den blutgetränkten Schlachtfeldern Frankreichs Tatsache werde und suchen wir Mittel und Wege, um treuen und bewährten Kameraden in bedrängter Lebenslage die Teilnahme an dieser Fahrt zu ermöglichen. Otto Pieske.

*

Hier fügen wir dieser letzten Zuschrift, die uns besonders nach dem Herzen geschrieben ist, für heute nur an, daß es ganz selbstverständlich ist, daß innerhalb des Bundes durch kameradschaftliche Hilfe, die schon entsprechend organisiert werden wird, gerade auch solchen Kriegsteilnehmern, die es in dieser Zeit der Wirtschaftsnot aus eignem sich nicht leisten können, Teilnahme ermöglicht werden muß. Auch wohlwollendste staatliche Hilfe halten wir gerade für eine solche Reichsbannerfahrt für selbstverständlich. —

Wer trägt die Verantwortung?

Arbeitslose und Wohnungslose fordern Entscheidung

Mitte Dezember 1929 wurden rund 1 600 000 Arbeitslose gezählt, die unterstützt wurden. Mit den Arbeitslosen ohne Unterstützung hatten wir

über zwei Millionen Arbeitslose.

In den Sommer- und Herbstmonaten 1929 mußten ständig 100 000 bis 200 000 Arbeitslose mehr unterstützt werden als 1928! Sachkundige Kreise weisen darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit noch stärker werden wird.

Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell schreibt in einem Rückblick und Ausblick zur Jahreswende, daß die Gesundheit und die Arbeitskraft das kostbarste Gut unseres Volkes sei. Rudolf Wissell sagt hier ein sehr wahres Wort. Förderung und Schutz der Arbeit ist heute die vornehmste Pflicht der Gesetzgebung und Verwaltung. Das Reichskabinett trägt hier eine hohe Verantwortung, besonders der Reichsarbeitsminister. Wir wissen alle, daß die Arbeitslosenversicherung nicht das letzte Wort sein darf.

Wird die Arbeitslosigkeit nicht überwunden, dann gehen Gesundheit und Arbeitskraft unseres Volkes verloren. Dann graben wir unserm Volke das Grab. Soweit der verantwortliche Gesetzgeber Hilfe bringen konnte, und es nicht getan hat, ist er in erster Linie der Totengräber.

Wer von einer Verkürzung der Arbeitszeit redet und glaubt, damit allein die Arbeitslosigkeit zu überwinden, handelt sehr oberflächlich. Gute edle Arbeitskraft liegt dann in anderer Gestalt brach.

Diejenigen, die darauf hinweisen, daß heute hunderttausend weibliche Kräfte mehr im Erwerbsleben stehen als in der Friedenszeit, sehen schon tiefer. Aber weshalb haben wir so viele weibliche Arbeitskräfte im Erwerbsleben? Die Arbeitslosigkeit führt zur Angst vor der Ehe. Nicht allein die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Angst vor der Arbeitslosigkeit. Schlimmer als die Not ist häufig die Angst vor der Not.

Die Angst vor der Not ist auch in erster Linie schuld an dem so gewaltigen Geburtenabsturz in unserm Volke, wie ihn bisher noch kein Kulturvolk der Erde durchgemacht hat. Not und Angst vor der Not treiben unser Volk zur Hoffnungslosigkeit. Hoffnungslosigkeit ist Feigheit. Not und Angst vor der Not töten unser Volk.

Recht auf Arbeit ist weit besser als Recht auf Arbeitslosenunterstützung. Einen entscheidenden Weg zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit zeigt die

Bodenreform.

Gelegentlich unsrer ostpreußischen Heimstättentagung besichtigten wir die neue Siedlung Lauth an der Grenze von Königsberg. Die Siedlung umfaßt 650 Morgen. Ihr früherer Besitzer hat das Gutshaus und 45 Morgen zurückbehalten. Die „Ostpreußische Heimstätte", die das Gut aufschloß, schuf auf dem frei werdenden Lande: 4 bäuerliche Stellen, 15 Gärtnerstellen, 28 Landarbeiterstellen und 100 Wohnstätten für städtische Arbeiter in 50 Zweifamilienhäusern mit je ½ Morgen Land. Vor der Besiedlung wohnten der Gutsherr und sieben ständige deutsche Arbeiterfamilien auf diesem Stück unseres Vaterlandes, jetzt wohnen statt der sieben Arbeiterfamilien auf ihm 147 deutsche Familien. Bodenreformerische Siedlung verhindert den ungesunden Zuzug nach der Großstadt. Ein Blick auf solche Bodenreformarbeit ist Freude und Hoffnung!

Solange noch ungeheures Land in gleicher Weise der Besiedlung harrt, solange wir in unserm Volke noch viele tausend Quadratkilometer Oedland haben, darf eine gute kraftvolle Gesetzgebung die Arbeitslosigkeit nicht aufkommen lassen.

Die Bodenreform in der Stadt ist ebenso wichtig. Wir haben rund

eine Million Wohnungslose.

Gleich verheerend wie die Arbeitslosigkeit ist die Wohnungslosigkeit. Der Satz ist richtig: wir haben Wohnungslosigkeit, weil wir die Arbeitslosigkeit haben und wir haben Arbeitslosigkeit, weil wir Wohnungslosigkeit haben. Wer jetzt die Wohnungslosigkeit überwindet, überwindet auch die Arbeitslosigkeit.

Wir kennen den Segen selbst der kleinsten Heimstätte: Gesundheit, Freude, Hebung der Arbeitskraft, Kinderland! Dazu tritt gerade jetzt Ueberwindung der Arbeitslosigkeit. Anstatt in der Fabrik und in den Büroräumen findet die Frau die beste Betätigung im Heimstättengarten. Der Arbeitsmarkt wird entlastet.

Wir wissen auch, daß zum Heimstättenbau in erster Linie Arbeitskraft notwendig ist. Sollte es unmöglich sein, brachliegende Menschenkraft dem notwendigen Heimstättenbau zuzuführen?

Allerdings wollen wir die verantwortlichen Stellen darauf hinweisen, welche

ungeheure und unverantwortliche Verschwendung

heute beim Bau von Heimstätten geübt wird. Wenn z. B. in unsern Städten die Gesamtkosten von Bau und Boden für eine einfache Heimstätte 12 000 Mark betragen, so ist wohl nicht zuviel gesagt, daß hiervon 2000 Mark für das Land angesetzt werden müssen. In vielen Fällen ist der Betrag noch weit höher. Diese 2000 Mark werden der deutschen Arbeitskraft vorenthalten. Oeffentliche Mittel, wie die Mittel der Hauszinssteuerhypotheken,

Plakette zur Befreiungsfeier in Köln 1926.

müssen ebenfalls dazu dienen, den arbeitslosen Nutznießer dieser 2000 Mark zu befriedigen. Und wenn wir nur 1000 Mark hochverzinsliches Geld ersparen können, so bedeutet das in unsrer kapitalarmen Zeit außerordentlich viel! Bei Annahme von nur 1000 Mark wäre das bei 100 000 Heimstätten eine Ersparnis von 100 Millionen Mark.

Schaffung billigen Wohnbodens ist die erste Vorbedingung billigen Bauens.

Am 21. Mai 1930 werden es 10 Jahre, daß der Reichsarbeitsminister den „Ständigen Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium" unter Vorsitz von Dr. Adolf Damaschke eingesetzt hat. Bald werden es 10 Jahre, daß wir in diesem Ständigen Beirat das

Wohnheimstättengesetz

ausgearbeitet haben. Durch das Wohnheimstättengesetz erhält jede Gemeinde zur Durchführung des Art. 155 der Reichsverfassung billigen Grund und Boden. Der Gesetzentwurf ist mit Hilfe der Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Richtungen entstanden. Die ersten Sachverständigen fordern dringend das Gesetz. Der Deutsche Reichstag nahm am 5. Mai 1926 folgenden Antrag an: „Die Reichsregierung wird ersucht, alsbald ein Wohnheimstättengesetz im Sinne des Entwurfs des „Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium" vorzulegen." 243 Abgeordnete stimmten mit Ja, 186 mit Nein. Am 26. Juni 1929 wiederholte der Deutsche Reichstag seinen Willen zur baldigen Vorlegung des Wohnheimstättengesetzes durch eine zweite Entschließung.

Trotzdem ist das Wohnheimstättengesetz im Sinne des Ständigen Beirats bis zum heutigen Tage dem Reichstag noch nicht vorgelegt worden! Keine Regierungspartei darf hier die Verantwortung auf die andere schieben. Es ist bestimmt anzunehmen, daß viele Reichstagsabgeordnete der Parteien, die nicht der jetzigen Koalitionsregierung angehören, für das Gesetz stimmen werden. Hier ist jede Rücksichtnahme auf die kleinen, aber leider heute noch immer mächtigen Interessentenkreise für die Zukunft unseres Volkes geradezu verhängnisvoll. Das deutsche Volk erwartet jetzt eine klare, eindeutige Entscheidung.

Das Jahr 1930 ist in vielfacher Hinsicht das Jahr der Entscheidungen. Es soll und muß uns auch die Entscheidung bringen, ob die Koalitionsparteien den Mut haben, das Wohnheimstättengesetz im Sinne des Ständigen Beirats vorzulegen, oder ob durch Rücksichtnahme auf diese oder jene Gruppe die Vorlegung nicht stattfindet.

Unser deutsches Volk kann nur in organischer Entwicklung wieder gesunden. Wehe, wenn diese organische Entwicklung eines Tages gewaltsam gestört wird. Die Schuld tragen dann die Kreise, die nicht zur rechten Zeit das Rechte getan haben. Das Heer der Arbeitslosen, das Heer der Wohnungslosen wird dann gegen die jetzt verantwortlichen Kreise den bitteren Ruf erschallen lassen:

Wir klagen an!

Es wird dann keine Zeit sein, die Verantwortung abzuwälzen.

Wir möchten heute zu Anfang des Jahres der Entscheidung 1930 dem Herrn Reichsarbeitsminister das Wort zurufen: Werden Sie hart, rücksichtslos. Die Besten unseres Volkes werden an Ihrer Seite stehen, wenn Sie mit unbeugsamem Willen die Vorlegung des Wohnheimstättengesetzes im Sinne des Ständigen Beirats verlangen und damit den ersten großen Schritt tun zur planmäßigen Ueberwindung von Wohnungslosigkeit und Arbeitslosigkeit.

Wir wollen dann wieder hoffen lernen. Der Glaube in unserm Volk wird wieder aufgerichtet werden. Der Arbeitslosigkeit stellen wir dann wieder gegenüber das Recht auf Arbeit, der Wohnungslosigkeit den Glauben an den Sieg der besten Kräfte in unserm Volke, den Glauben an ein neues deutsches Vaterland, in dem jeder, der arbeitet, ehrliches Brot und eine gesicherte Heimstätte findet. Johannes Lubahn.

Der ewige Kriegsgefangene

Der österreichische Infanterist Jram ward in den galizischen Städtchen Biala geboren. Sein Vorname ist Moritz. — Er ist ein österreichischer Jude!

Moritz Jram diente im k. k. Jägerbataillon Nr 4 als der Krieg ausbrach. Bei der Schlacht von Lublin geriet er in russische Kriegsgefangenschaft. Er hatte es bis zum Zugführer gebracht. Seine militärische Laufbahn war beendet, seine Militärzeit aber nicht.

Bereits 1917 nach der russischen Oktoberrevolution ging Moritz Jram aus Piestschanta nach Tschita, einer ostsibirischen Stadt nahe der chinesischen Grenze. Er wollte mit vielen Leidensgefährten Brot suchen und seinen Transport nach der Heimat abwarten. Aber er mußte warten. Und als 1919 endlich die Stunde schlug, da war er typhuskrank und mit ihm seine Frau, die er, wie viele Kriegsgefangene, in Rußland gefunden hatte.

Die einmal verpaßte Gelegenheit zwang ihn, bis zum Jahre 1923 zu warten. Die letzten Kriegsgefangenen aus Sibirien waren in Sammeltransporten nach Moskau geführt worden, wo sie von den einzelnen Konsulaten in Empfang genommen wurden, um in die Heimat abgeschickt zu werden.

Moritz Jram hatte keine Ahnung von den Verträgen von Versailles und St-Germain. Das Stück Weltgeschichte der letzten Jahre war an Moritz Jram vorübergegangen. Er glaubte, daß nun alles so weitergehen würde, wie er es vor seiner „Reise" nach Sibirien gesehen hatte. Aus dieser Ahnungslosigkeit sollte er jäh erwachen.

Als er sich an das österreichische Konsulat in Moskau wandte, teilte man ihm mit, daß er Pole geworden sei, und das polnische Konsulat ihm die Papiere, die er zu seiner Heimfahrt notwendig brauchte, ausstellen werde.

Und er stapfte durch die schneebedeckten Moskauer Straßen zum polnischen Konsulat.

„Nun gehen die Züge wieder in Ordnung. Ich werde am Freitag nach Moskau fahren ... die Papiere herausnehmen und so bald wie möglich abdampfen, um endlich wieder bei Euch einzutreffen. Ich kann mir das gar nicht vorstellen, daß ich das Glück haben soll, Euch wiederzusehen ..." So schrieb er noch schnell vorher an seine Eltern.

Als der frühere Kriegsgefangene im polnischen Konsulat erschien, seine Papiere dem Beamten vorlegte und einen Paß forderte, gab es beim Konsulat ein großes Kopfzerbrechen.

Moritz Jram war Jude. Neun Jahre lebte er in Rußland, sollte er vielleicht vom Bolschewismus infiziert sein? Auf jeden Fall, Moritz Jram wurde bedeutet, an seiner polnischen Staatsangehörigkeit seien keinerlei Zweifel. Aber das polnische Konsulat sei nicht befugt, ihm einen Paß auszustellen.

„Warum?" „Weil wir gewesenen Kriegsgefangenen aus dem frühern Galizien Pässe auszustellen nicht in der Lage sind", lautet die Antwort des polnischen Konsulates.

Für fünf Rubel bekam er einen Brief, worin ihm bestätigt wurde, daß er um einen Paß gebeten habe. Damit lief er zum deutschen Konsulat, um ein Visum nach Deutschland zu erhalten. Auch hier bedauerndes Achselzucken, er müsse einen Paß haben.

Das Paßgesuch war eingereicht. Und noch heute wartet Moritz Jram, ehemaliger Zugführer beim Jägerbataillon Nr. 4 auf das Dokument, das für ihn die Freiheit bedeutet.

Sechzehn Jahre sind ins Land gegangen. Vieles, nicht alles ist zur Liquidierung des Krieges getan worden. Aber für Moritz Jram ist der Krieg noch nicht zu Ende. Sein Glück hängt von dem Paß ab, den ihm eine „kluge" Behörde — wir wissen nicht aus welchen Gründen — verweigert. Soll Moritz Jram ewig Kriegsgefangener bleiben? Kurt Großmann.

Das Deutschlandlied in Oesterreich

Das Ministerium Schober hatte die alte Haydnsche Melodie des „Gott erhalte" wieder zur österreichischen Nationalhymne bestimmt, der ein neuer Text, verfaßt von Kernstock, untergelegt wurde. Das von Renner gedichtete und von Kienzl vertonte „Du mein Oesterreich" war damit als Nationalhymne abgeschafft.

Nun wurde aber bei der Ehrenpromotion Schobers zum Doktor in Graz und Wien die Haydnsche Melodie mit dem Text Hoffmanns von Fallersleben, also die Nationalhymne des Deutschen Reiches, gesungen. Und der Vorsitzende des Wiener Stadtschulrats, der sozialdemokratische Nationalrat Kloeckel, veröffentlichte einen Erlaß an die ihm unterstellten Schulen, daß die Melodie der alten Kaiserhymne mit dem Text Hoffmanns von Fallersleben „Deutschland, Deutschland, über alles" als Nationalhymne gelte. In dem Erlaß heißt es:

„Der schönen österreichischen Melodie hat Hoffmann von Fallersleben einen Text untergelegt, der als Deutschlandlied der gefühlsmäßige und offizielle Ausdruck des Einheitsbewußtseins des gesamten deutschen Volkes ist. Wir haben als Oesterreicher und Deutsche allen Grund, unsrer Jugend das Deutschlandlied mit dem Text von Hoffmann von Fallersleben und der Melodie von Haydn als Wort und Weise näherzubringen."

Und nunmehr hat der österreichische Unterrichtsminister Dr. Srbyk zugunsten des Deutschlandliedes entschieden. Er hat, wie die „Vossische Zeitung" mitteilt, einen Erlaß an die Schulen hinausgegeben, der die Uebung und das Singen des Deutschlandliedes empfiehlt.

Deutschlandlied als Nationalhymne Deutschlands und Oesterreichs — fürwahr ein Symbol für den Anschlußwillen beider Länder. —

Bundesverfassungsfeier Berlin 1929

Vom Aufmarsch Unter den Linden